

Consumption and Politics / Consumption as Politics

Veranstalter: Peter-Paul Bänziger, Columbia University, New York/Universität Zürich; Maren Möhring, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Datum, Ort: 08.03.2013, New York

Bericht von: Kevin Rick, German Historical Institute Washington, DC; Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Philipps-Universität Marburg

Der Schutz von Konsument/innen und ihren Interessen sowie deren Repräsentation, so der Ausgangspunkt des Workshops „Consumption and Politics / Politics as Consumption“ am 8. März 2013 in New York, sei im 20. Jahrhundert nicht bloß in den USA und Europa, sondern weltweit zu einem zunehmend bedeutsameren Politikum geworden. Der Fokus der Politik auf den Konsumenten und seinen Konsum habe dabei nicht nur ebendiese verändert, geprägt und bedingt. Vielmehr wurden bestimmte Konsumtionspraktiken selbst politisch, an vormaligen private Verbraucherentscheidungen wurden zunehmend politische Erwartungen geknüpft. Warum es sinnvoll und fruchtbar sein kann, sich als Historiker mit dieser Verschränkung von Konsum und Politik zu beschäftigen, welche Potentiale nutzbar gemacht und welche theoretischen, methodischen und praktischen Hindernisse dabei überwunden werden müssen, waren die übergeordneten Fragestellungen des Workshops – kurz: welche Perspektive kann eine politische Konsumgeschichte bieten und wie kann diese überhaupt geschrieben werden? Dem geographischen, zeitlichen, theoretischen und disziplinären Zugang wurde sich dabei ebenso zugewandt wie der Verortung einer solchen Forschung in die aktuellen wissenschaftlichen Debatten. Der erste Teil der Tagung befasste sich dabei eher mit der theoretischen Seite einer solchen politischen Konsumgeschichte. Der zweite Teil sollte den Blick für „blinde Flecken“ der traditionell stark transatlantisch und kommerziell ausgerichteten Konsumgeschichtsschreibung schärfen.

Die politische Bedeutung des Konsums, so MAREN MÖHRING (Potsdam) in ihrem Ein-

führungsvortrag, habe sich historisch nicht nur beim Zusammenbruch der DDR und anderen sozialistischen Ländern gezeigt. Die Ausgrenzungen bestimmter sozialer Gruppen von der Konsumgesellschaft aus nationalistischen, rassistischen oder antisemitischen Gründen verdeutlichten genau wie die Übertragung marktwirtschaftlicher Sprache in die Politik (der Staat als „Dienstleister“) die großflächige Verschmelzung der beiden Sphären. Jenseits der Fragen nach Rechten und politischer Repräsentation des „consumer citizen“ biete sich durch einen solchen Fokus ein originärer Zugang zur politischen Dimension der Alltagswelt. Dabei dürfe keineswegs außer Acht gelassen werden, dass sich eine solche Geschichtsschreibung auch auf die (Selbst-)Konstruktion des „active consumer“ in der Konsumgesellschaft auswirke.

Die Referentin schlug in ihrer Einführung einen Bogen von aktuellen Debatten der Konsumforschung über deren methodologische Reflexion und übergeordnete Narrative zu ihrer besonderen sozialen und politischen Bedeutung. Konsum sei im 20. Jahrhundert zu einem wichtigen Thema für die Politik und damit auch für die Politikgeschichte geworden. Darüber hinaus biete die Konsumgeschichte einen einzigartigen Zugriff auf Politisierungs- und Depolitisierungsprozesse, sie schärfe den Blick für ein breites, eher heuristisches Verständnis des Politischen. Die Auffassung von Konsumtion als wirtschaftliche, kulturelle und politische Praxis gleichermaßen, so das Fazit von Möhring, lege eine Überwindung der fruchtlosen, künstlichen Separation dieser Bereiche des menschlichen Lebens auch für die Geschichtswissenschaft nahe.

Ausgehend von diesem historiographischen Überblick beschäftigte sich PETERPAUL BÄNZIGER (Zürich) in seinem Vortrag mit der „Metahistorie“ der Konsumgesellschaft. Er fragte nach den Ursachen, Gründen und Widersprüchen der „großen konsumgesellschaftlichen Erzählung“, indem er sich kritisch mit der scheinbaren Ablösung arbeitsgesellschaftlicher Identitätsangebote im 20. Jahrhundert durch konsumgesellschaftliche (Selbst-)Beschreibungen auseinandersetzte. Auch heute noch sei die Lohnarbeit essentieller Teil der Konstrukti-

on von Selbstverhältnissen, keinesfalls konstituiere „man“ sich nur mehr als Konsumierender. Zwar gab Bänziger den Beobachtungen anderer Forscher Recht – im Laufe des Jahrhunderts hätten sich durchaus bedeutsame konsumgesellschaftliche Identitätsangebote entwickelt, die den grundlegenden „Strukturwandel“ bzw. „-bruch“ hin zur Konsumgesellschaft nahelegten. Dennoch, so folgerte der Referent nach seiner Dekonstruktion des konsumgesellschaftlichen Narrativs: „Konsumgesellschaft“ und „Arbeitergesellschaft“ waren keinesfalls inkommensurable Beschreibungen beziehungsweise unterschiedliche historische Realitäten. Sie waren vielmehr „zwei Aspekte eines spezifischen Arrangements sozialer Beziehungen und Körperverhältnisse“. Bänziger hob nicht nur die historische Bedeutung dieser Beobachtung hervor, sondern beschrieb darüber hinaus ihre historiographischen Implikationen. Begriffe wie „Arbeit“, „Produktion“ und „Konsumtion“ müssten vermehrt auf ihre historische Herkunft, Entwicklung und (politische) Bedeutung hin untersucht werden; der Begriff „Konsumgesellschaft“ solle eher als Untersuchungsobjekt denn als heuristisches Instrument dienen. Als Alternative der traditionellen Vokabulare der Geschichtswissenschaft brachte der Referent abschließend den „Fordismus“ ein. Dieses Konzept biete als „konsumistischer Produktivismus“ eine Möglichkeit, die sich mehr und mehr als fruchtlos erweisende Trennung von Konsum und Produktion zu überbrücken und deren Verschränkung stärker in den Vordergrund zu rücken.

UWE SPIEKERMANN (Washington, DC) zeigte sich in seinem anschließenden Kommentar durchaus einverstanden mit den Einschätzungen von Möhring und Bänziger. Eine politische Konsumgeschichte dürfe ihren Horizont jedoch nicht selbst zu sehr einschränken – geographisch, zeitlich und gegenstandsbezogen. Das 20. Jahrhundert könne keineswegs isoliert betrachtet werden, vielmehr bedürfe es einer anderen, breiteren Periodisierung, die auch der stark konsumgeprägten politischen Sphäre des 19. Jahrhunderts gerecht werde. Ebenso müsse der Blick auf nicht-westliche, nicht-sozialistische Gebiete ausgeweitet werden. Die Einbezie-

hung der Ostblock-Staaten habe zwar das Verständnis der transnationalen und globalen Dimension „‘unserer‘ westlichen Lebens-, Konsum- und Entscheidungsgefüge“ erweitert. Dennoch sei die Einbettung der westlichen Akteure in globale Netzwerke bisher zu wenig berücksichtigt worden. Eine transnationale Politik-Konsumgeschichte müsse daher zwangsläufig die bisherigen Ergebnisse der konsumhistorischen Forschung in methodologischer, theoretischer und empirischer Hinsicht noch einmal überdenken und reflektieren. Dazu sei auch die Einbeziehung weiterer Akteure notwendig, insbesondere von Produzenten, Händlern, Verkäufern und nicht zuletzt Experten und Wissenschaftlern, auf deren Arbeit sich im Konfliktfall Politiker wie Verbraucher-AktivistInnen gleichermaßen gestützt hätten. Zuletzt hob Spiekermann die Rolle des Haushalts hervor. Die meisten konsumhistorischen Überlegungen seien eher makroökonomisch ausgerichtet, viel wichtiger sei aber der Haushalt als derjenige Ort, an dem die eigene sowie fremde Konstruktion des Selbst stattfindet, an dem Konsumpraktiken und „Eigensinn“ genau wie politisch begründete oder motivierte Eingriffe und Interventionen tatsächlich akut würden.

Ein Kritikstrang Spiekermanns, der auch in der anschließenden Diskussion immer wieder aufgegriffen wurde, betraf die heuristische Breite und analytische Schärfe zentraler Begriffe einer politischen Konsumgeschichte: Wenn Konsum tatsächlich niemals außerhalb von Politik existiert habe, so spitzte Spiekermann eine der Thesen von Möhring zu, so könne es im Grunde keinen Teil des menschlichen Lebens geben, der nicht *irgendwie* als politisch zu bezeichnen wäre. Könnte sich ein solch breites Verständnis von Politik bzw. dem Politischen nicht leicht als dysfunktional herausstellen? Welcher Rechtfertigung bedarf es, um beispielsweise den Fordismus als analytisches Instrumentarium einzusetzen, andere Vorstellungen des Kapitalismus aber außen vor zu lassen? Welche Alternativen bieten sich zum Kapitalismus und den nationalökonomisch geprägten Konzepten und Begriffen, mit denen der Großteil der Geschichtswissenschaft arbeitet? Welche Konzepte sollten Historiker überhaupt benutzen, um konsumistisch geprägte Gesellschaften in einer globa-

len politischen Perspektive zu beschreiben? Abseits solch elementarer Grundsatzfragen, denen sich eine politische Konsumgeschichte qua ihres theoretischen Anspruchs als Brennglas des Politischen im Alltäglichen ohne Frage stellen muss, stand die Einbeziehung von „grass-roots movements“ in eine solche Geschichtsschreibung, die Bedeutung der Naturalisation von Konsumtionspraktiken, deren Prägung durch Konzepte wie „Gender“, „Nationalität“ oder „Rasse“ und nicht zuletzt die Frage nach den Mechanismen von Politisierung und Depolitisierung von Konsum im Vordergrund der Diskussion.

MALGORZATA MAZUREK (New York) griff in ihrem folgenden Vortrag einige der bereits im Plenum besprochenen Punkte wieder auf. Sie beschäftigte sich darin mit der Entwicklung und Beschaffenheit des in der aktuellen Historiographie immer wieder diskutierten Narrativs des „expert consumer“ unter den Bedingungen von sowjetischem Einfluss, Diktatur und wirtschaftlicher Krise in Polen nach 1945. Dabei gelang es der Referentin, die Verflechtung der polnischen *Federacja Konsumentów (FK)* sowie der *Solidarność* in den nationalen und internationalen Kontext der Entwicklungen von Verbraucherschutz, Konsumorientierung und Konsumpolitik aufzuzeigen. Während die eher moderate FK für eine apolitische Sicht auf die Konsumenten und eine Depolitisierung des Verbraucherschutzes eingetreten sei, habe *Solidarność* die konkrete Umsetzung und soziale Verankerung der Konsumentenrechte im Sinne der Loslösung des Verteilungs- und Verkaufssystems von staatlichen Institutionen und Kontrollmechanismen vorantreiben wollen. Nach dem Gewerkschaftsverbot in den 1980er-Jahren hätten diese Forderungen und Ideen der „consumer experts“ aus *Solidarność* und FK allerdings nur noch im Geheimen diskutiert werden können. Dies zog Mazurek als Ursache dafür heran, dass die Experten im Angesicht der Herausforderungen des Jahres 1989 größtenteils die Idee einer radikal neo-liberalen „Schocktherapie“ proklamierten – vom Glauben geleitet, dass mit der Abschaffung der Planwirtschaft aufgrund der Selbstregulierung des Marktes notwendigerweise der Verbraucherschutz hinfällig werden würde. Rechte und Ansprüche der Kon-

sumenten sowie deren Wahrung und Schutz wurden daher kaum mehr öffentlich thematisiert.

Mazurek sensibilisierte mit ihren Ausführungen noch einmal dafür, die Auswirkungen der Globalpolitik auf den konkreten Konsum nicht zu vernachlässigen. Dies gelte, so wurde anschließend diskutiert, sicherlich nicht nur für den Kalten Krieg und das polnische Konsumtionsregime, sondern vielmehr weltweit. Die transnationalen Formen von Wissenstransfer – zum einen von West nach Ost, zum zweiten innerhalb des „Ostens“ – belegen ebenfalls die globale Dimension der Verschränkung von Konsum und Politik. Bedenkenswert scheint daneben die Beobachtung zu sein, dass die polnischen Verbraucherbewegungen zunächst nicht aufgrund des fehlenden Zugangs zu bestimmten Produkten, sondern vielmehr wegen fehlender Informationen und Transparenz aufbegehren.

In einen ähnlichen Kontext stellte JAN LOGEMANN (Washington, DC) seinen Beitrag mit dem Titel „Public Goods and Modern Consumer Societies: The Citizen as Consumer“. Logemann bemängelte, dass der Konsument von vielen Historikern oftmals zum bloßen Käufer reduziert werde. Eine kritische Konsumgeschichte bedürfe aber einer weiteren Perspektive, die den Konsumenten als prinzipiell entscheidungsfähigen Akteur ernst nehme. Der Fokus auf *public goods* im Sinne von öffentlichen Alternativen zu kommerziellen Gütern und Dienstleistungen biete dafür hinreichende Möglichkeiten und erlaube darüber hinaus den vergleichenden Zugriff auf politische Ordnungen und Konsumtionsregimes, etwa im Vergleich von kapitalistischen, faschistischen oder sozialistischen Konsumgesellschaften. Exemplarisch zeigte Logemann dies an den USA des 20. Jahrhunderts und der Frage nach der Gleichsetzung beziehungsweise Betrachtung von *public goods* als *consumer goods*. Letztlich führe diese Frage, so das Fazit des Vortrags, notwendigerweise zu Fragen nach der individuellen Autonomie der Konsumenten. Der Bereitstellung öffentlicher Güter liege immer eine öffentliche Entscheidung über das private Konsumverhalten zugrunde, bei der verschiedenste Interessengruppen, politische wie wirtschaftliche Akteure und nicht zuletzt

Verbraucheraktivisten und *grass-roots movements* gleichermaßen eine Rolle spielten.

Logemann formulierte damit noch einmal ein Argument dafür, dass der Nexus von Politischem, Politik und Konsum sowohl in Diskursen als auch in konkreten Praxen und Praktiken untersucht werden müsse. Ein komparatistischer Zugriff auf die Thematik sei dafür ebenso essentiell wie die globale Perspektive, wurde in der folgenden Diskussion geschlossen.

Mit der einleitenden Frage, mit welchen praktischen Problemen die formulierten Fragen und Perspektiven verbunden sind, ging es im Folgenden darum, die Bedingungen und Voraussetzungen einer Politik-Konsumgeschichtsschreibung zu besprechen. Ein solches Projekt muss sich auf potenziell vergleichbare Untersuchungsobjekte konzentrieren, die über einen verhältnismäßig langen Zeitraum in unterschiedlichen politischen bzw. gesellschaftlichen Ordnungen empirisch fassbar und sowohl Gegenstand staatlicher Steuerungsmechanismen als auch Teil gesellschaftlicher Konfliktfelder waren. Es muss sich um eine transnationale, globale Perspektive bemühen und Instrumente entwickeln, um Akteure und Strukturen gleichermaßen miteinander in Verbindung zu bringen. Dabei ist eine kontinuierliche Selbstreflexion bezüglich der dazu eingesetzten Konzepte sowie des geographischen und zeitlichen Rahmens unbedingt notwendig.

Fraglich ist allerdings, was sich im Angesicht dieser Kriterien tatsächlich als geeigneter Gegenstand erweisen könnte; vorgeschlagen wurden unter anderem die Themen Nachhaltigkeit, Wohlstand, Energie und Alkohol. Damit wurde das zu Beginn des Workshops formulierte Ziel, nämlich die Fruchtbarkeit, Relevanz und das Potential einer politischen Konsumgeschichtsschreibung auszuloten, schon mehr als erreicht. Freilich, bis zu einer Umsetzung der erarbeiteten Ergebnisse in die historiographische Praxis werden noch weitere Überlegungen und Treffen vonnöten sein. Zumindest zweifelhaft bleibt auch, ob alle formulierten Ansprüche und die geforderte Breite der Perspektive tatsächlich mit den Bedingungen und Möglichkeiten des historischen Arbeitens vereinbar sind. Dennoch scheint das Interesse an den aufgeworfenen

Fragen und dem Fokus auf die Verschränkung von Politik und Konsum sehr hoch zu sein. Es bleibt abschließend zu hoffen, dass weitere Veranstaltungen zu diesem Thema zu ebenso fruchtbaren, vielfältigen Diskussionen und Denkanstößen führen, sodass die erarbeiteten Ergebnisse weiterentwickelt und ausgebaut werden können.

Konferenzübersicht:

Maren Möhring (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam): *Consumption and Politics / Consumption as Politics – an Introduction*

Peter-Paul Bänziger (Columbia University, New York/Universität Zürich): *Productivism or Consumptionism? „Consumer Society“, „Labor Society“, and the Politics of Historiography*

Uwe Spiekermann (German Historical Institute, Washington, DC): *Comment*

Malgorzata Mazurek (Columbia University, New York): *International Consumerism and Consumer Movement in Communist Poland*

Jan Logemann (German Historical Institute, Washington, DC): *Public Goods and Modern Consumer Societies: The Citizen as Consumer*

Tagungsbericht *Consumption and Politics / Consumption as Politics*. 08.03.2013, New York, in: *H-Soz-u-Kult* 05.04.2013.